



Hate Speech: Fachtagung gegen Hetze im Netz

Auf der Suche nach Konzepten für eine respektvolle Diskussionskultur

Tagungsbericht von Dr. Matthias Kurp

Hetze, Hass und Diskriminierung bedrohen im Internet zunehmend den digitalen Diskurs unserer Informationsgesellschaft. Das Klima in sozialen Online-Netzwerken, Internetforen und Kommentarspalten von News-Seiten des World Wide Web wird rauer. Vieles ist Beleidigung oder Verleumdung, manches gar Volksverhetzung. Das Phänomen der sogenannten Hate Speech bedeutet, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder anderer Eigenschaften pauschal diskriminiert werden. Diese Entwicklung wird zunehmend zu einem Problem, mit dem sich auch Pädagogen in den Bereichen Schule und Jugendarbeit auseinandersetzen müssen. Bei der Tagung „Hate Speech – Hass im Netz“ diskutierten am 1. Juli in Köln etwa 250 Vertreter von Bildungs- und Jugendeinrichtungen über Hate Speech und medienpädagogische Konzepte für eine respektvolle und faire Diskussionskultur im Internet.

Vor allem wenig erfahrene Mediennutzer geraten online schnell in einen gefährlichen Sog von Manipulation und Propaganda. Falsch verstandene Meinungsfreiheit kann online zu offener Fremdenfeindlichkeit und Rassismus führen, bestimmte gesellschaftliche Gruppen stigmatisieren oder ausgrenzen. **Dieter Göbel**, der den Fachbereich Jugend beim [LVR-Landesjugendamt Rheinland](#) leitet, sprach bei seiner Begrüßung im Horion-Haus des Landschaftsverbandes von einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, der das Internet eine weltweite Verbreitung erlaube. Urheber seien meist Menschen aus einem „Verbitterungsmilieu“, die gesellschaftlich zu einer „eingebunkerten Mitte mit Vorurteilen“ gehörten. Umso wichtiger sei es, Jugendliche im Sinne eines „weltoffenen und respektvollen Miteinanders“ zu stärken.

Dr. Jürgen Brautmeier, Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen ([LfM](#)), verwies auf aktuelle Ergebnisse einer von der LfM in Auftrag gegebenen repräsentativen [Forsa-Umfrage](#): Zwei



Drittel aller Befragten gaben Anfang Juni an, sie seien schon einmal mit Hassreden im Internet konfrontiert worden. Bei den 14- bis 24-jährigen Nutzern lag der entsprechende Anteil sogar bei 91 Prozent. Brautmeier bezeichnete den Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Hate-Speech-Erfahrungen als großes Problem. Deshalb müsse es im Internet „so etwas wie eine neue Aufklärung“ geben. „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“, zitierte der LfM-Direktor Immanuel Kants grundlegendes Prinzip der Ethik und verwies auf die goldene Regel mit der Formel „Was du nicht willst, dass man dir tu’, das füg auch keinem anderen zu“. Auch **Jürgen Jentsch**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e. V. ([AJS](#)), warnte, Hassreden im Internet würden unser Zusammenleben bedrohen. „Die Wut einiger über die eigene Unfähigkeit trifft uns alle“, diagnostizierte der AJS-Vorsitzende und kritisierte diejenigen, „die mit krausen Gedanken Hass-Tiraden initiieren“. Dem gelte es bei der Erziehung etwas entgegenzusetzen. „Wir schaffen ja die Erwachsenen von morgen“, forderte Jentsch dazu auf, Kindern und Jugendlichen den Wert von Toleranz und Zivilcourage zu vermitteln.

#nohatespeech

Meinungsfreiheit dürfe „kein Deckmantel für Beleidigungen und Bedrohungen“ sein, warnte **Christina Kampmann** in einer Videobotschaft. Die nordrhein-westfälische Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport ([MFKJKS](#)) plädierte für Prävention und Engagement vor Ort. Hate Speech wirke wie ein Virus im Internet, vergifte das gesellschaftliche Klima und säe Gewalt, sagte die Ministerin und setzte sich für die Aktion „Für Meinungsfreiheit – gegen Hetze im Internet“ ([#nohatespeech](#)) ein, die von der LfM Ende 2015 gestartet wurde. **Johannes Baldauf** von der [Amadeu Antonio Stiftung](#) referierte in einem Einfüh-

rungsvortrag, Hate Speech sei weder ein juristisch relevanter Begriff noch existiere eine eindeutige Definition. Vielmehr diene Hate Speech als eine Art Rubrum für verschiedene Phänomene „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ im Internet. Prägende Merkmale seien außer Diskriminierung und Beschimpfung auch Verschwörungstheorien, die Ausblendung von Fakten und unzulässige Verallgemeinerungen mit dem Ziel der Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. So solle ein Handlungszwang suggeriert werden, der etwa in einem Aufruf zum Widerstand (z. B. gegen Flüchtlinge) gipfeln könne. Typisch für die Verfasser von Hasskommentaren im Internet seien außerdem Gerüchte und Falschmeldungen sowie Filterblasen- und Echokammer-Effekte, bei denen alles unternommen werde, um eigene Vorurteile zu stärken und Gegenargumente auszublenden oder umzudeuten (Confirmation Bias). Als mächtige Akteure, von denen Hate Speech systematisch eingesetzt werde, nannte Baldauf vor allem rechtspopulistische, rechtsradikale oder rechtsextreme Organisationen.

Der Geschäftsführer der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia (FSM), **Otto Vollmers**, berichtete über die im vergangenen Oktober vom Bundesjustizministerium initiierte Task Force „Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“. Schließlich seien drei Eckpunkte verabschiedet worden: Erstens müssten anwenderfreundliche Meldemöglichkeiten geschaffen werden, zweitens gelte bei der Überprüfung vermeintlicher Hassbotschaften deutsches Recht und drittens müssten problematische Inhalte binnen 24 Stunden nach der Meldung gelöscht werden. Facebook implementiere dieser Vorgaben inzwischen in die eigenen Guidelines. Bei YouTube fänden sich mittlerweile kaum volksverhetzende Videos, allerdings noch immer viele Hassbotschaften in den Kommentaren. Von den knapp 2015 Beschwerden, die von der FSM 2015 geprüft worden seien, habe es sich in etwa acht Prozent der Fälle um Hate Speech gehandelt, rechnete Vollmers vor. Oft sei allerdings die deutsche Rechtsprechung unklar. Vollmers wies darauf hin, dass es viele Grauzonen zwischen Moral und Recht gebe. Werde alles gelöscht, was moralisch umstritten sei, drohe am Ende eine Zensur-Debatte.

Die Radikalisierung des politischen Diskurses, Propaganda und die Verrohung des Umgangs mit Andersdenkenden bedrohen zunehmend unsere Demokratie. Hass und Diskriminierung sind die dramatischen Konsequenzen dieser Entwicklung. Mit den drastischen Folgen von Hate Speech für die Betroffenen und unsere Gesellschaft setzt sich seit Jahren die Journalistin und Netzaktivistin **Kübra Gümüşay** auseinander. Sie zeigte sich in ihrem Vortrag überzeugt, der Hass, der im Internet verbreitet werde, sei auch außerhalb der Online-Welt real. Das führe zu einer Entmenschlichung, Radikalisierung und Spaltung der Gesellschaft, warnte die Bloggerin ([ein fremdwörterbuch](#)), die zu den Initiatoren der Hashtag-Kampagnen [#SchauHin](#) und [#Ausnahmslos](#) gehört. Solche Twitter-Hashtags seien teilweise von rechtsnationalen Aktivisten gekapert und mit fremdenfeindlichen Inhalten geflutet worden, berichtete Gümüşay. Sie bezeichnete Hass als „giftige intellektuelle Umweltverschmutzung“. Weil im Internet Meinungsäußerungen zu Morddrohungen führen könnten, würde der Hass jene Freiräume in Frage stellen und zerstören, die junge Menschen brauchten, um sich intellektuell zu entwickeln. Deshalb müsse mehr unternommen werden, um komplexe Themen auch online konstruktiv und ohne Anfeindungen in einer offenen Gesellschaft diskutieren zu können.

Um zu verhindern, dass demokratische Streitkultur in politische Hetze umschlägt, erlauben einige Anbieter von News-Seiten im Internet – wie etwa sueddeutsche.de oder wdr.de – Leser-Kommentare inzwischen nur noch zu bestimmten Beiträgen. So lässt sich der User Generated Content besser kontrollieren und moderieren. **Sven Gantzkow** von der Online-Redaktion des WDR betonte, es gehe darum, eine „normale Gesprächskultur“ für Leser-Kommentare anzustreben. Deshalb müssten Social-Media-Redakteure gute Beiträge loben oder liken, Fakten gegen Vorurteile setzen oder unsachlich angegriffene Nutzer inhaltlich unterstützen. Zugleich aber würden vom WDR auch User gerügt oder gesperrt, Kommentare verborgen oder gelöscht. Dennoch müsse der Kontakt mit Nutzern als ein Gewinn betrachtet werden. Manchmal helfe es auch, sogenannte Trolle, also notorische und destruktive Dauer-Nörgler, durch humoristische Reaktionen ins Abseits zu stellen.

Wie aber können sich Social-Media-Redaktionen gegen die wachsende Flut von rechtspopulistischen und rassistischen Äußerungen im Internet wehren? Einige Strategien im Umgang mit rechter Propaganda und Parolen erläuterte **Katharina Weber**. Die Referentin des Vereins [Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.](http://GegenVergessen.de) trainiert Jugendliche, sich gegen politische Hetze mit Zivilcourage und Argumenten zu wehren. „Widerspruch erfordert Selbstbewusstsein und Handlungsfähigkeit“, nannte die Expertin



zwei wichtige Grundlagen für Zivilcourage. Wer etwas gegen menschenfeindliche Parolen und Diskriminierung im Internet unternehmen wolle, müsse den Urhebern entsprechender Inhalte klar machen, dass er solche Positionen nicht akzeptiere. In einem zweiten Schritt sollten dann Gesprächsangebote gemacht werden, um schließlich in der direkten Kommunikation die Motive offenzulegen, die etwa hinter fremdenfeindlichen Äußerungen steckten. Schon die Frage „Wie kommt es, dass du so etwas sagst?“ könne dabei die Irrationalität vieler Hassbotschaften enttarnen. Meist seien Vorurteile, die auf diffusen Ängsten basierten, die Ursache für Hate Speech, argumentierte Weber.

cyber-Mobbing-Kampagnen und Hass-Kommentaren fühlen sich im World Wide Web auch viele Frauen ausgesetzt. Sobald es um Themen jenseits von Mode und Schönheit gehe, sähen sich viele Bloggerinnen unqualifizierten Anfeindungen ausgesetzt, berichtete **Ulrike Schmidt**, Geschäftsführerin der Lizzy Net GmbH. Eine unkonventionelle Form, sich mit solchen Inhalten im Internet auseinanderzusetzen, wählte die junge Bloggerin **Kim Salmon**. Sie gewann den Wettbewerb #netzheldin des Portals [LizzyNet](http://LizzyNet.de) mit einem Beitrag, in dem sie sich an die vielen Unbekannten wendet, die auf ihre Blog-Beiträge mit sexistischen Kommentaren reagierten. In dem pointiert formulierten Text [Meine metaphorischen Brüste](http://MeineMetaphorischenBrueste.de) entlarvt die Schülerin die Dummheit vieler Verfasser von „Frauen und die deutsche Rechtschreibung verachtenden Kommentaren“ und fragt: „Wohin flieht ihr Gehirn, sobald sie eine Computermaus in die Hand nehmen?“

Um jungen Nutzern praktische Hilfen im Umgang mit Hate Speech im Internet zu geben, hat das [Grimme-Institut](http://Grimme-Institut.de) in den vergangenen sechs Monaten einigen Schulen Workshops mit Trainingsmodulen und anderen Hilfsmitteln angeboten. Die Leiterin der Grimme-Akademie, **Aycha Riffi**, gab erste Einblicke in das soeben abgeschlossene Modellprojekt. Dabei hätten Social-Media-Experten und Medienpädagogen im Rahmen des europäischen Projektes [BRICKs](http://BRICKs.eu) Schülern zunächst Begriffe wie Cyber-Mobbing, Hate Speech oder Propaganda vermittelt. Außerdem seien gemeinsam Hasskommentare sowie deren Urheber identifiziert und schließlich in Projekten Regeln für den Umgang mit Hate Speech entwickelt worden. Johannes Baldauf, der für die Amadeu Antonio Stiftung Strategien von Neonazis im Internet untersucht und wirkungsvolle Gegenstrategien für Inhalte in sozialen Online-Netzwerken entwickelt, nannte die sogenannte Counter Speech als eines der Elemente, die inhaltsleerer Hate Speech entgegengesetzt werden können. Dabei handelt es sich um eine sachliche Gegenrede mit stichhaltigen Argumenten.

„Viele sind einfach nicht erreichbar“, weiß Baldauf aber auch um die unerschütterliche Wut vieler Autoren von Hass-Kommentaren. In diesen Fällen müsse daran gedacht werden, Filterblasen und Vorurteile mit ungewöhnlichen Methoden platzen zu lassen. Beispielsweise habe die Initiative [No-Nazi.Net](#) kleine Computerprogramme (Bots) eingesetzt, um an die Versender antisemitischer Tweets automatisch die Botschaft „Du twitterst potenziell Antisemitisches“ zu adressieren. Allerdings sei die Aktion nach drei Wochen daran gescheitert, dass sie von Twitter als Spam bewertet worden sei. Bei Facebook seien solche Methoden ohnehin kaum möglich, urteilte Baldauf. Immerhin aber habe der Social-Media-Marktführer kürzlich die europäische [Initiative für Zivilcourage Online](#) ins Leben gerufen. Darüber hinaus nannte der Experte der Amadeu Antonio Stiftung das Wiki [Neue Rechte](#) sowie Broschüren, die helfen, manipulierte Bilder bzw. Bildzeilen als solche zu entlarven, als wichtige Aufklärungsmittel im Kampf gegen Desinformation und Radikalisierung im Internet. In jedem Fall brauche die Aufklärung auch Peer-Group-Multiplikatoren, empfahl Baldauf Train-the-Trainer-Konzepte und die Vernetzung von engagierten jungen Menschen mit Zivilcourage.



Dem Ziel der Aufklärung über den Umgang mit Hassbotschaften im Internet soll auch die neue Broschüre [Hate Speech – Hass im Netz](#) dienen, die im Rahmen der Tagung vorgestellt wurde. Sie gibt Fachkräften und Eltern Informationen, Handlungsempfehlungen sowie Hinweise auf medienpädagogische Materialien.



► Die Fachtagung war eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW (AJS), der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) sowie des LVR Landesjugendamtes.